

Antrag

der Fraktion der AfD

Rechtsstaat verteidigen, Linksextremismus in Thüringen entschieden bekämpfen, Linksterrorismus verhindern

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. infolge mangelnden Fahndungsdrucks und mangelnden politischen Willens ein Rückzugs- und Entfaltungsraum für linksextremistische Gewalttäter in Thüringen entstehen konnte;
 2. der seit Jahren amtierende Minister für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung wie auch der langjährige Präsident des Amts für Verfassungsschutz durch einseitige Schwerpunktsetzungen und Fehleinschätzungen faktisch „auf dem linken Auge blind“ sind und damit erheblich zur Verfestigung und zum Erstarken linksextremer Strukturen beigetragen haben;
 3. die Aufklärungsquote linksextremistischer Gewalttaten in Thüringen im Zeitraum der Jahre 2019 bis 2024 bei lediglich 52,6 Prozent lag und damit deutlich unter der Quote politisch rechts motivierter Gewaltdelikte im gleichen Zeitraum (79,5 Prozent);
 4. linksextreme Strukturen in Thüringen von der Landesregierung de facto legitimiert werden, wenn Vereine oder Projekte, die eine linksextreme politische Agenda verfolgen oder Verbindungen zur linksextremen Szene haben, von staatlichen Fördermitteln profitieren;
 5. die europaweit vernetzte, unter anderem an Anschlägen in der Hauptstadt Ungarns, Budapest, beteiligte und trotz behördlicher Kenntnis einzelner Akteure über längere Zeit unbehelligt agierende sogenannte Hammerbande eine hochorganisierte, konspirativ handelnde und ideologisch radikalisierte Gruppe darstellt, deren Mitglieder über Jahre hinweg schwere Körperverletzungen an politischen Gegnern planten und ausführten – auch in Thüringen;
 6. Zweifel an der Durchsetzungsfähigkeit staatlicher Stellen geweckt werden, wenn das Versammlungsverbot bei linksextremen Demonstrationen wiederholt missachtet wurde, ohne dass die Polizei konsequent einschritt;
 7. in Thüringen Angriffe auf Amts- und Mandatsträger von 39 Fällen im Jahr 2019 auf 102 Fälle im Jahr 2024 zunahm und damit eine besondere Gefährdung demokratisch gewählter Vertreter durch linksextreme Gewalt belegen;
 8. die Anzahl linksmotivierter Angriffe auf Wahlkreisbüros im gleichen Zeitraum von 38 auf 67 Fälle stieg und im Jahr 2024 mehr als doppelt so hoch lag, wie rechtsmotivierte Fälle (32), womit die Bedrohung demokratischer Infrastruktur durch linksextreme deutlich wird;
 9. der sogenannte Antifaschismus im linksextremen Spektrum als ideologische Rechtfertigung für Gewalt, Einschüchterung und

Übergriffe dient und damit eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung darstellt;

10. die Verharmlosung von „Antifaschismus“ und generell von gewaltaffinem Linksextremismus das von Experten diagnostizierte Risikopotential eines neuen Linksterrorismus erhöht und dass Thüringen nicht zur Brutstätte eines solchen Linksterrorismus werden darf;
11. die entschiedene Bekämpfung des Linksextremismus zur Stärkung und Verteidigung des Rechtsstaats unerlässlich ist.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. den Verfolgungsdruck auf gewaltorientierte Linksextremisten durch bessere technische und personelle Ausstattung zu erhöhen und damit die Aufklärungsquote bei linksextrem motivierten Straftaten zu steigern;
2. die Ausbildungs- und Trainingspraxis linksextremistischer Gruppen verstärkt in den Fokus der Sicherheitsbehörden zu nehmen, um Strukturen effektiver identifizieren und bekämpfen zu können;
3. das Vermummungsverbot bei Versammlungen konsequent durchzusetzen und die Polizei dazu zu befähigen, dies auch in schwierigen Lagen leisten zu können;
4. den militanten „Antifaschismus“ als Bedrohung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und insbesondere des Rechtsstaats klar zu benennen, sich davon zu distanzieren und jeder Verharmlosung des Linksextremismus entgegenzutreten;
5. eine gemeinsame Taskforce des Ministeriums für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung sowie Ministeriums für Justiz, Migration und Verbraucherschutz einzurichten, die eng mit sächsischen, weiteren deutschen sowie insbesondere ungarischen Behörden zusammenarbeitet;
6. eine systematische Überprüfung staatlicher Förderungen vorzunehmen und Organisationen mit Bezügen zum Linksextremismus von weiterer Finanzierung auszuschließen;
7. den Ausschuss für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung des Landtags einmal pro Jahr ohne gesonderte Aufforderung über Entwicklungen in der linksextremen Szene zu informieren.

Begründung:

Ein ideologisch übersteigter angeblicher „Antifaschismus“ bildet die zentrale Legitimationsbasis linksextremer Gewalt. Aus diesem Milieu heraus entwickelten sich Tätergruppen mit paramilitärischen Strukturen, systematischen Trainings und internationaler Vernetzung.

Die sogenannte Hammerbande, die auch in Thüringen aktiv war, verdeutlicht exemplarisch, wie linke Ideologie in brutale Gewalt mündet - von Überfällen in Thüringen bis zu Anschlägen in Budapest.

Die linksextremistische Gewalt richtet sich nicht nur gegen politisch Andersdenkende im öffentlichen Raum, sondern sie richtet sich gezielt gegen die demokratische Repräsentation. Die Zunahme von Angriffen auf Amts- und Mandatsträger sowie auf Wahlkreisbüros belegt, dass links-extreme Täter die Institutionen der Demokratie ins Visier nehmen.

Die niedrige Aufklärungsquote linksextremistischer Gewalttaten, die mangelnde Durchsetzung des Vermummungsverbots und die staatliche Förderung von Vereinen mit Nähe zum Linksextremismus untergraben die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats. Linksextreme Gewalt stellt damit eine unmittelbare Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar und muss mit derselben Entschlossenheit bekämpft werden wie jede andere Form des Extremismus. Seit Jahren mangelt es an einer entspre-

chenden Entschlossenheit insbesondere beim langjährigen Minister für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung wie auch beim Präsidenten des Amts für Verfassungsschutz.

Jede Verharmlosung oder indirekte Legitimierung schwächt den Rechtsstaat, stärkt die Täter und erhöht das Risiko der Entstehung eines neuen Linksterrorismus. Gegen all die genannten Tendenzen gilt es, den Rechtsstaat zu verteidigen und dem Linksextremismus mit Entschlossenheit entgegenzutreten.

Für die Fraktion

Muhsal